

Einblicke

Das Rathausmagazin der CDU-Bürgerschaftsfraktion

WIRTSCHAFT, HAFEN & ARBEIT

HAMBURGS WIRTSCHAFT WÄCHST AUCH 2007 ÜBERDURCHSCHNITTlich

Hamburgs Bruttoinlandsprodukt liegt pro Kopf weit über den Werten aller anderen Bundesländer. Die Wirtschaftskraft unserer Stadt ist in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich stark gewachsen. Das Jahr 2006 war für die Hamburger Wirtschaft besonders erfolgreich. Der Aufschwung hat viele Branchen erfasst. Die Zahl der sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigungsverhältnisse stieg um 21.100.

Und auch 2007 wird das Wachstum in Hamburg wieder über dem Bundesdurchschnitt liegen. Deshalb wird sich die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit über 10.000 neuen Arbeitsplätzen auch in diesem Jahr fortsetzen.

Getragen wird das Wachstum von der stark gestiegenen Nachfrage nach Unternehmensdienstleistungen und von dem über den Hamburger Hafen laufenden Außenhandel. Erhebliche Impulse kamen vom boomenden Städtetourismus. Die Zahl der Übernachtungen kletterten um rund zwölf Prozent und die Fluggastzahlen um 13 Prozent. Auch der Boom bei Kreuzfahrten hält an. In diesem Jahr werden bei 80 Schiffsanläufen rund 100.000 Passagiere die Hansestadt besuchen. Höhepunkte im Kreuzfahrtkalender sind die Besuche aller drei „Queens“: „Queen Mary 2“ kommt am 26. Juli und 23. August, Queen Elizabeth 2 am 10. Dezember, der Neubau Queen Victoria geht eine Woche später von hier aus auf Jungfernfahrt.

STANDORT FÜR WERTSCHÖPFUNGS- INTENSIVE INDUSTRIE

Hamburg zählt zu den wichtigsten Industriestädten Deutschlands und ist Sitz zahlreicher Großunternehmen. Ein ausgewogener Branchenmix und die Stärkung der industriellen Kompetenz der Stadt sind integrale Bestandteile des Konzeptes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“. Dies wird u.a. an der Clusterpolitik deutlich, mit der wichtige industrielle Bereiche – z.B. die Luftfahrtindustrie und Hochtechnologiebereiche wie Life Sciences oder Nanotechnologie – nachhaltig gefördert werden. Mit der Konzentration auf Zukunftsfelder will sich Hamburg im internationalen Standortwettbewerb der Regionen klar positionieren.

Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze bedeutet Industriepolitik auch den Erhalt international konkurrenzfähiger Arbeitsplätze, wie beim Aluminiumwerk. Kurz vor dem Jahreswechsel wurde der unermüdliche Einsatz von Wirtschafts-senator Gunnar Uldall belohnt: Am 11. November konnten im Rathaus die Verträge über den Verkauf der stillgelegten Betriebsanlagen der Hamburger Aluminium-Werk GmbH (HAW) an die TRIMET ALUMINIUM AG unterzeichnet werden. TRIMET plant, die Anlagen schon in diesem Jahr wieder in Betrieb zu nehmen. Dadurch werden bis zu 450 neue Arbeitsplätze entstehen. Als Industriestandort wird Hamburg damit spürbar gestärkt. Die ehemaligen HAW-Beschäftigten, die nach der Stilllegung des Werks arbeitslos wurden, haben jetzt eine neue Perspektive.

UNSER WICHTIGSTES ZIEL: NEUE ARBEITSPLÄTZE

2006 war ein sehr gutes Jahr für den Hamburger Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen sank um mehr als 11.000 Personen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich von 11,3 Prozent auf 9,9 Prozent. Seit April 2006 fällt der Abbau der Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich von Monat zu Monat kräftiger aus. Besonders positiv ist der starke Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg: Innerhalb eines Jahres ging die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren um 2.301 oder 24,8 Prozent zurück. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die im April 2006 ihren Höchststand erreicht hatte, ging um 8.959 Personen zurück.

OFFENE STELLEN BIETEN NEUE CHANCEN

Die kräftige Beschäftigungsdynamik auf dem Hamburger Arbeitsmarkt zeigt sich auch deutlich in der Entwicklung der Zahl offener Stellen. Ende Dezember 2006 waren 17.449 offene Stellen gemeldet. Das waren 7.720 oder 79,4 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Man kann erfahrungsgemäß davon ausgehen, dass nur 38,5 Prozent der offenen Stellen der Arbeitsagentur überhaupt gemeldet werden – also stehen derzeit hochgerechnet rund 45.000 offene Stellen zur Verfügung. Das Beschäftigungspotenzial in Hamburg ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

HAMBURG IST GRÜNDUNGSHOCHBURG DEUTSCHLANDS

Immer mehr Hamburger machen sich selbständig. Die Zahl der Unternehmensneugründungen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich von 17.000 im Jahr 2003 auf rund 20.000 im Jahr 2006 gestiegen. Hamburg liegt bei den Handelsregisterneueinträgen je 10.000 Unternehmen an der Spitze aller Bundesländer. Diese Gründungsaktivitäten sind nicht nur aussagekräftig für die konjunkturelle Entwicklung und die wirtschaftliche Stimmung, sondern auch für die Innovationskraft und Innovationsfähigkeit eines Standortes, für die Bereitschaft, sich unternehmerisch zu betätigen, und für die Kultur der Selbständigkeit.

AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

Wir werden die aktive Arbeitsmarktpolitik 2007 noch einmal intensivieren, um insbesondere Jugendliche und Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Vier Maßnahmen werden in diesem Jahr ihre volle Wirkung entfalten:

- *Beziehen von Arbeitslosengeld I, bei denen das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit besteht, sollen von der Agentur für Arbeit gezielt arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen angeboten werden.*
- *Mit dem „Sofortprogramm Ausbildung“ fördert der Senat über 1.000 zusätzliche Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote. Junge Menschen, die bisher keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, erhalten so die Chance auf einen guten Start ins Berufsleben.*
- *Zum 1. März 2007 wird die Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) verändert. Viele Betroffene, denen Arbeitsgelegenheiten zugewiesen wurden, meldeten sich nicht oder lehnten die Arbeitsaufnahme ab. Künftig erfolgt die Einladung zu einem persönlichen Kontakt beim Vermittler. Danach wird eine Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen.*
- *Qualifizierung wird nur noch bedarfsgerecht erfolgen, d.h., für jeden Fortzubildenden muss bereits ein Arbeitsplatz vorhanden sein, den er nach erfolgter Qualifizierung auch übernehmen kann.*

ELBE UND HAFEN – HAUPTSCHLAGADER UND HERZ HAMBURGS

Seetransport ist heute ganz überwiegend Containerverkehr. 2006 wurden im Hamburger Hafen fast neun Millionen Container (TEU) umgeschlagen. Das seit mehr als fünf Jahren andauernde überdurchschnittliche Wachstum hält unvermindert an. Der Hafen konnte seine Marktposition weiter festigen und einen neuen Umschlagrekord verzeichnen. Im Wettbewerb mit anderen großen Containerhäfen wie Antwerpen, Rotterdam und Bremen verzeichnete Hamburg den stärksten Zuwachs. Hamburg konnte damit europaweit seine zweite Position festigen und den Rückstand auf Marktführer Rotterdam verkürzen. Weltweit steht Hamburg auf dem achten Rang.

DER HAFEN SCHAFFT ARBEIT UND WERTE

Die Bruttowertschöpfung durch den Hafen beträgt etwa zwölf Milliarden Euro pro Jahr. Das sind mehr als 14 Prozent der Wertschöpfung Hamburgs. 2001 lag dieser Wert noch bei 12,4 Prozent. Aber nicht nur der Umschlag von Gütern entwickelt sich sehr rasant, auch die Arbeitsmarktnachrichten aus dem Hafen sind ausgesprochen positiv. Der Hafen bietet direkt und indirekt Arbeitsplätze für mehr als 150.000 Menschen in der Metropolregion. Die Zahl der hafenabhängigen Arbeitsplätze liegt bei 12,7 Prozent der Hamburger Gesamtbeschäftigung.

Allein durch den Ausbau der HHLA-Terminals werden bis zum Jahr 2014 ca. 1.400 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Eurogate wird von 2006 bis 2012 pro Jahr ca. 100 Arbeitsplätze zusätzlich schaffen. Durch den Bau des Containerterminals Steinwerder entstehen rund 1.000 weitere Arbeitsplätze. Hinzu kommt eine große Zahl neuer Stellen bei Zulieferbetrieben.

HAFENAUSBAU SICHERT DIE ZUKUNFT

Aufgabe der Politik ist es, diese positiven Entwicklungen zu fördern. Wir wollen, dass der Hamburger Hafen auch in den nächsten Jahren Rekorde verkünden kann.

Bis 2015 wird sich der Containerumschlag noch einmal auf 18 Millionen TEU (1 TEU entspricht einer 20-Fuß-Containereinheit) verdoppeln. Dafür muss der Hafen weiter ausgebaut und die Kapazität der Hafenbahn erheblich gesteigert werden von heute etwa 200 Güterzügen pro Tag auf 450 Züge im Jahr 2015. Die immer größer werdenden Containerschiffe erfordern zudem eine Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe, so dass Schiffe mit einem Tiefgang von 13,50 m tideunabhängig und damit jederzeit den Hamburger Hafen anlaufen und wieder verlassen können.

Hafen und Elbe sind für Hamburg von zentraler Bedeutung. Niemand darf sich auf den „Lorbeeren“ der aktuellen Rekordzahlen ausruhen. Gerade jetzt müssen wir durch eine vorausschauende Politik die für Hamburg so wichtige positive Entwicklung des Hafens unterstützen und vorantreiben. Eine aktuelle Studie des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts und der BerenbergBank mit dem Titel „Strategie 2030 – Maritime Wirtschaft und Transportlogistik“ prognostiziert dem Hamburger Hafen ein gigantisches Wachstum: Der Umschlag im größten deutschen Seehafen werde bis zum Jahr 2030 mehr als fünfmal so hoch sein wie im Jahr 2004.

Keine neuen Schulden mehr in Hamburg

Hamburg gehört zu den wenigen Bundesländer, die in den letzten Jahren verfassungskonforme Haushalte vorgelegt haben. Haushalte also, in denen die Neuverschuldung die Summe der Investitionen nicht überschreitet.

Erreicht haben wir die Einhaltung der Verfassungsgrenze und erfolgreich begonnen ha-

ben wir mit der Abkopplung der Investitionen von der Kreditaufnahme. Das reicht uns aber nicht. Um die Konsolidierung der Staatsfinanzen der Hansestadt weiter voranzutreiben und auch für die Zukunft gesetzlich abzusichern, brachte Rüdiger Kruse, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, kürzlich einen Antrag zur nachhal-

tigen Haushaltspolitik in die Bürgerschaft ein.

Mit dieser so genannten Schuldenbremse soll durch eine Änderung der Landeshaushaltsordnung ab dem Jahr 2013 die Neuaufnahme von Krediten gesetzlich untersagt sein und endlich mit dem Schuldenabbau begonnen werden. Eine Kreditaufnahme wäre dann

nur noch in absoluten Ausnahmefällen wie zum Beispiel bei Naturkatastrophen möglich. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Nettoneuverschuldung nicht – wie bisher geplant – jährlich mindestens um 50 Millionen €, sondern um 100 Millionen € abgesenkt werden. Das erfordert zwar erhebliche Sparanstrengungen, diese Ausgabenreduzie-



Rüdiger Kruse
Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion

rungen sind aber unerlässlich, wenn wir künftige Generationen nicht noch mehr belasten wollen.

Allein durch die bis 2006 umgesetzte Absenkung der Nettoneuverschuldung auf 600 Millionen € – der niedrigste Stand seit 1992 – erzielen wir Ersparungen bei zukünftigen Zinszahlungen in jährlich zweistelliger Millionenhöhe.

Dieser Antrag zur nachhaltigen Haushaltspolitik stellt einen Meilenstein in der hamburgischen Finanzpolitik dar. Der mit Lob in der Regel eher zurückhaltende Landesrechnungshof bezeichnet ihn als „bahnbrechenden Fortschritt“.

Kinderlärm ist Zukunftsmusik

In Hamburg gab es in jüngster Zeit mehrfach Nachbarschaftsstreitigkeiten über die von Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche ausgehenden Geräusche – oder die Lärmbelästigung, wie es einige klagende Anwohner sehen.

Für die CDU-Fraktion sind natürliche Lebensäußerungen von Kindern aber nicht vergleichbar mit Großstadtlärm und sie dürfen auch nicht mit gleichen Maßstäben gemessen werden. Die von Kindern ausgehenden Lebensäußerungen sind eine wichtige Voraussetzung für die persönliche

Entwicklung von Kindern. Sie gehören zum Kernbereich des Rechts eines jeden Kindes auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Im Zusammenhang mit Kinderlärm wollen wir keine schematische Anwendung von Grenzwerten, da hier im besonderen Umfang auch wertbezogene Faktoren eine Rolle spielen. Natürlich ist aber auch schon im Kindesalter die Erziehung zur Rücksicht auf andere Menschen wichtig.

Wir haben einen Antrag zur Änderung des Hamburgischen Ausführungsgesetzes des Bundes-Sozialgesetzbuches in

die Bürgerschaft eingebracht, weil eine Regelung im Bundes-Immissionsschutzgesetz nach unserer Auffassung nicht in Frage kommt: Wir haben zum einen keine Kompetenz, Bundesgesetze zu ändern und zum anderen halten wir eine rein technische Regelung in diesem Fall für fragwürdig. Kinder sind für uns keine lärmenden Maschinen, die man in einem Immissionsschutzgesetz regelt. Für uns steht der pädagogische Auftrag im Vordergrund. Die Regelungskompetenz bei den Ausführungsbestimmungen zum Sozialgesetzbuch liegt aber bei den Ländern.

Folgende Regelung wird deshalb durch Beschluss der Bür-

gerschaft vom 31. Januar 2007 in das Ausführungsgesetz zum SGB VIII eingefügt:

§29a Beeinträchtigungen durch Kinderlärm
„Durch kindliches Spielen erzeugter Lärm im Bereich von Kindertageseinrichtungen oder Schulen ist eine notwendige Ausdrucksform und Begleitscheinung des kindlichen Spielens, der nicht generell unterdrückt oder auch nur beschränkt werden kann. Kinderlärm ist daher als selbstverständlicher Ausdruck kindlicher Entfaltung hinzunehmen. Erziehung zur Rücksichtnahme auf Nachbarn ist Bestandteil des pädagogischen Auftrages der Kindertageseinrichtungen und der Schule.“

Damit haben wir eine juristisch haltbare und aussagekräftige Lösung des Problems erreicht.



Mit dieser gesetzlichen Regelung privilegieren wir Kindertageseinrichtungen und Schulen – hier insbesondere die Kinderbetreuung am Nachmittag im Rahmen von Ganztags-

schule und Ganztagsbetreuung – so, dass ein „Fall Marienkäfer“ nicht mehr möglich ist.

Im Gegensatz zu anderen Vorschlägen haben wir keine Maßnahmen zum Lärmschutz geregelt, da dies möglichen Klagen erst eine rechtliche Grundlage gäbe. Nachbarn könnten dann Lärmgutachten einfordern, auch müssten sich alle Kindertagesstätten an diese Standards halten und gegebenenfalls „nachgerüstet“ werden bzw. Neubauten müssten so errichtet werden, dass sie den Anforderungen entsprechen. Eine Lärmschutzregelung schützt nicht die Lärmquelle, sondern Andere vor der Lärmquelle – daher war dies für uns der falsche Ansatz.

Ein Konzerthaus für alle

Die Realisierung der Elbphilharmonie rückt näher: Am 28. Februar 2007 wird die Bürgerschaft über die Freigabe der Haushaltsmittel für den Bau des Konzerthauses beschließen. Damit wird der Weg frei für ein Projekt, das architektonisch einmalig ist und kulturell identitätsstiftend werden kann. Nach neuestem Planungsstand werden in der Elbphilharmonie drei Konzert- und Veranstaltungs-Säle mit dazugehörigen Proben-, Übungs- und sonstigen Backstageräumen errichtet. Damit entstehen beste Voraussetzungen für ein vielfältiges und attraktives Musik- und Kultur-

programm in einer „Elbphilharmonie für alle“. Zur weiteren Stärkung der Kinder- und Jugendkultur und der Musikpädagogik wird auch das Klingende Museum ein neues Zuhause in der Elbphilharmonie finden.

Der Bau eines Konzertsalles wie der Elbphilharmonie bietet für Hamburg sowohl als Kulturstandort als auch als Stadt eine einmalige Chance. Wir investieren in Projekte wie die Elbphilharmonie, weil das Wohlgehen der künftigen Generationen auch von der wirtschaftlichen, kulturellen und infrastrukturellen Attrak-

tivität Hamburgs abhängt. Eine Stadt ohne Investitionen ist eine Stadt ohne Zukunft.

Das Bauwerk Elbphilharmonie wird auch ein Hotel und Eigentumswohnungen beinhalten. Dies ermöglicht eine Quersubventionierung, so dass die Finanzierung der Gesamtkosten von 241,3 Millionen € deutlich erleichtert wird. Derzeit sind schon 64 Millionen € an Spendengeldern eingegangen - und weitere Spenden werden erwartet. Aus Haushaltsmitteln werden 114,3 Millionen € in die Elbphilharmonie fließen.

Die nächsten Bürgerschaftssitzungen finden an den folgenden Tagen statt:

- Mi., 28.03.07
- Mi., 18.04.07
- Do., 19.04.07
- Mi., 09.05.07
- Mi., 06.06.07

Alle Sitzungen sind öffentlich! Detaillierte Informationen über die Arbeit des Landesparlaments und seiner Ausschüsse erhalten Sie im Internet unter:
www.hamburgische-buergerschaft.de

Wie verteilen wir den Kuchen?

Am Bürger-Dialog zum Hamburger Haushalt, der auf Initiative des haushalts- und finanzpolitischen Sprechers der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Rüdiger Kruse, im Frühjahr 2006 stattfand, beteiligte sich eine weit über den Erwartungen liegende Zahl von Teilnehmern. Das Internetforum förderte das große kreative Potential der Hamburgerinnen und Hamburger in finanzpolitischen Fragen zu Tage.

Neben der Fülle an Einzelvorschlägen beeindruckte vor allem die große Übereinstimmung in einem Punkt: Spa-

ren für Hamburg. Anstatt die zur Verfügung stehenden Mittel vollständig umzuverteilen, schlugen die Teilnehmer des Bürger-Dialogs vor, die Ausgaben Hamburgs um rund 3,2 Prozent zu reduzieren. Dies ist ein sehr deutliches Signal an die Politik und eine Bestätigung für die von der CDU eingeleitete Haushaltskonsolidierung.

Wie angekündigt wertete die CDU-Bürgerschaftsfraktion die Resultate des Dialogs aus und ließ sie in ihre Beratungen über die Gestaltung der Haushalte für die Jahre 2007 und 2008 einfließen.



Bisher fanden vier konkrete Bürgervorschläge in Form von Anträgen ihren Weg in das

Parlament, zum Beispiel zur Umsetzung einer ressourcenschonenden Verwaltung und zur Stärkung des Hochschulstandorts Hamburg.

Die von den Teilnehmern bewiesene klare Präferenz für eine nachhaltige, solide und generationengerechte Finanzpolitik stützt zudem den erst kürzlich in der Bürgerschaft eingebrachten Antrag zur Beendigung der Neuverschuldung.

Politikglossar 17: EU-Ratspräsidentschaft

In der ersten Jahreshälfte 2007 hat Deutschland zum 12. Mal die „EU-Ratspräsidentschaft“ inne. Das ist der Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Er wird von den Mitgliedsstaaten abwechselnd für jeweils sechs Monate wahrgenommen. Für die Dauer der deutschen Präsidentschaft von Januar bis Juni 2007 spricht Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel als „Gesicht und Stimme“ der Europäischen Union für alle Mitglieder.

Die Reihenfolge der Präsidentschaftsländer wurde vom Europäischen Rat für den Zeitraum

von 2005 bis 2020 festgelegt. Im Anschluss an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird Portugal ab dem 1. Juli 2007 und Slowenien ab dem 1. Januar 2008 den Vorsitz in der Europäischen Union übernehmen.

Deutschland führt während der sechs Monate seiner Präsidentschaft bei allen Treffen der Staats- und Regierungschefs sowie bei allen Tagungen der Fachministerräte den Vorsitz. Zu den Aufgaben gehört, die Arbeit des Rates so effizient wie möglich vorzubereiten und durch die Ausarbeitung

von Kompromissvorschlägen und Vermittlung die Mitgliedsstaaten zu einer gemeinsamen europäischen Position zusammen zu führen. Im Gesetzgebungsprozess vertritt der Vorsitz den Rat auch in den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament.

Zu Beginn der Ratspräsidentschaft wird dem EU-Parlament das Arbeitsprogramm vorgestellt und im weiteren Verlauf regelmäßig über die Arbeiten im Rat berichtet. Am Ende der Präsidentschaftszeit wird dem Parlament eine Bilanz vorgelegt.

Der Ratsvorsitz vertritt die Europäische Union auch auf internationaler Ebene. Die Vertretung gegenüber Ländern außerhalb der Europäischen Union im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erfolgt zumeist im so genannten Troika-Format. Die Troika besteht seit dem Amsterdamer Vertrag 1997 aus der aktuellen Präsidentschaft, dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Javier Solana), sowie einem Vertreter der Europäischen Kommission.



CDU BÜRGERSCHAFTSFRAKTION HAMBURG

Impressum

CDU-Bürgerschaftsfraktion
Redaktion Einblicke
V.i.S.d.P.: Hein von Schassen

Poststraße 11
20354 Hamburg
Telefon: (040) 4 28 31-13 74
Telefax: (040) 4 28 31-25 26
E-Mail: pressestelle@cdu-hamburg.de
Internet: www.cdu-hamburg.de

Entgelt bezahlt
Deutsche Post AG
20354 Hamburg